



### Presseschau vom 10.03.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### vormittags:

##### de.sputniknews.com: USA schicken strategische B-2-Bomber nach Europa

Amerikanische strategische Bomber vom Typ B-2 Spirit sind laut Angaben des Europäischen Kommandos der Vereinigten Staaten (EUCOM) in Europa eingetroffen.

Die Bomber, deren genaue Zahl nicht bekannt ist, kamen demnach am Montag vom Luftstützpunkt in Missouri auf eine Basis auf den portugiesischen Azoren. Laut der Pentagon-Zeitung „Stars and Stripes“ handelt es sich um den Luftstützpunkt Lajes Field. Während des Fluges sollen die Maschinen von Flugzeugen KC-10 Extender nachgetankt worden sein.

Die Flugzeuge sollen demnach Aufgaben auf unterschiedlichen Objekten in der Verantwortungszone des Europäischen Kommandos der Vereinigten Staaten erfüllen.

Die Entsendung der strategischen Bomber nach Europa solle den Crewmitgliedern ermöglichen, sich mit den militärischen Begebenheiten in Europa vertraut zu machen und die Treue der USA zu den Verbündeten und Partnern zu demonstrieren.

B-2 Spirit gilt als das teuerste Flugzeug in der Geschichte. Eine Maschine kostet rund eine Milliarde US-Dollar, die Ausrüstung macht etwa die gleiche Summe aus. Zwischen 1987 und 2000 baute der Konzern Northrop 21 Bomber dieser Art. Jeder bekam offiziell den Namen eines US-Staates.

Lajes Field oder Lajes Air Base ist ein Militärflugplatz der Portugiesischen Luftstreitkräfte auf der Azoren-Insel Terceira bei der Ortschaft Lajes.

Lajes Field wird auch von anderen Nato-Luftstreitkräften genutzt, vor allem von der „65th Air Base Wing“ der United States Air Forces in Europe.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32585/83/325858324\\_0:386:3072:2048\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_c2d57e8c0f90be0d7393929ed448a01a.jpg.webp](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32585/83/325858324_0:386:3072:2048_1000x0_80_0_1_c2d57e8c0f90be0d7393929ed448a01a.jpg.webp)

### de.sputniknews.com: **Nach Treffen mit Erdogan: EU will Flüchtlingspakt mit der Türkei retten**

Trotz der angespannten Lage an der griechisch-türkischen Grenze versucht die EU den Flüchtlingspakt mit der Türkei am Leben zu erhalten. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel haben darüber in Brüssel mit dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan und Außenminister Mevlut Cavusoglu gesprochen. Der Pakt von 2016 bleibe gültig und Differenzen bei der Umsetzung sollten in den nächsten Tagen von beiden Seiten geklärt werden, so EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und EU-Ratschef Charles Michel am Montagabend.

Von der Leyen und Michel lobten nach dem etwa zweistündigen Gespräch mit dem türkischen Präsidenten, dass der Gesprächskanal offenbleibe.

„Heute war ein guter Anfang“, sagte von der Leyen.

Als Ergebnis präsentierte Michel aber nur den Auftrag an den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und den türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu, die Differenzen bei der Auslegung des Pakts in den nächsten Tagen zu klären.

Aus EU-Kreisen hieß es, dass Erdogan in dem Gespräch keine neuen Forderungen gestellt habe. Es sei ihm nur um die aus seiner Sicht unvollständige Auszahlung der Hilfsgelder gegangen. Das könne nun auf Expertenebene geklärt werden. Die EU werte den Verlauf des Treffens als Hinweis, dass der türkische Staatschef wieder konstruktiv mit der EU ins Gespräch kommen wolle. ...



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32656/68/326566833\\_0:0:3086:1670\\_1000x0\\_80\\_0](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32656/68/326566833_0:0:3086:1670_1000x0_80_0)

[1\\_aa869b95ef433e60766553f5ff9a6a25.jpg.webp](#)

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo** und **Losowoje**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Nach Putin-Erdogan-Vereinbarungen: Weniger Beschuss in Idlib – russisches Militär**

Nach den russisch-türkischen Vereinbarungen wird in Idlib weniger geschossen. Dies erklärte der Leiter des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Konteradmiral Oleg Schurawljow.

Er verwies darauf, dass gemäß den russisch-türkischen Vereinbarungen ab 00:01 Uhr am 6. März 2020 auf dem Territorium der Idliber Deeskalationszone Waffenruhe herrscht.

„Dank diesen Vereinbarungen verringert sich der Beschuss allmählich. Am gestrigen Tag wurde kein Beschuss seitens der von Ankara kontrollierten illegalen bewaffneten Gruppierungen registriert“, sagte Schurawljow.

Er betonte dabei, dass in der Provinz Latakia von den Stellungen der „Islamischen Partei von Turkestan“ und der Organisation „Dschebhat an-Nusra“, die nicht von der Türkei kontrolliert werden, zweimal geschossen worden sei.

Unter anderem verwies Schurawljow darauf, dass ein laufender Sonder-Meldekanal eingerichtet wurde, damit das russische Zentrum für Versöhnung und die türkische Seite zusammenwirken können.

#### **Waffenruhe in Idlib**

Am Donnerstag waren Russlands Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan in Moskau zusammengekommen, um die Situation in Idlib zu besprechen.

Nach den sechsstündigen Verhandlungen wurde ein gemeinsames Dokument zur Regelung in Syrien unterzeichnet. Dieses enthält folgende Punkte: Waffenruhe an der vorhandenen Berührungslinie ab Mitternacht des 6. März; Etablierung eines sechs Kilometer breiten „Sicherheitskorridors“ nördlich und südlich der Verbindungsstraße M4 in Syrien durch Russland und die Türkei und den Start gemeinsamer russisch-türkischer Patrouillen entlang der Verbindungsstraße M4 ab 15. März.

Russland und die Türkei seien davon überzeugt, dass der Kampf gegen den Terrorismus fortgesetzt werden müsse, hieß es.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32650/32/326503237\\_0:29:3071:1691\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_f30aa99b1539b39c6e63f79f304ded49.jpg.webp](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32650/32/326503237_0:29:3071:1691_1000x0_80_0_1_f30aa99b1539b39c6e63f79f304ded49.jpg.webp)

de.sputniknews.com: **Deutschland verdoppelte 2019 Rüstungsexporte in die Türkei**

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr Rüstungsexporte in die Türkei für 31,6 Millionen Euro genehmigt – das ist mehr als doppelt so viel wie 2018. Kriegswaffen waren allerdings nicht dabei, berichtet die dpa unter Berufung auf eine Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag.

Nach dem Beginn der türkischen Militäroffensive in Nordsyrien im Herbst wurden die Ausfuhrerlaubnisse zwar deutlich reduziert, allerdings nicht ganz gestoppt. 2018 hatte die Bundesregierung noch 58 Rüstungslieferungen im Wert von 12,9 Millionen Euro für die Türkei genehmigt. Im vergangenen Jahr waren es 187 Exporte für 31,6 Millionen Euro. Nach dem Beginn der türkischen Syrien-Offensive gegen die Kurden-Miliz YPG am 9. Oktober hatte die Bundesregierung entschieden, keine Lieferungen von Waffen und anderen Militärgeräten mehr zu erlauben, die in Syrien eingesetzt werden können. Demnach wurden in den letzten drei Monaten nur noch fünf Genehmigungen für 3,1 Millionen Euro erteilt. Die Linken-Außenpolitikerin Sevim Dagdelen nannte es unverantwortlich, dass trotzdem weiter deutsche Rüstungslieferungen in die Türkei genehmigt werden. Sie forderte einen kompletten Exportstopp. „Die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung ist verheerend für die ganze Region und schafft damit immer neue Fluchtursachen“, sagte sie.

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 9. März 3:00 Uhr bis 10. März 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 16. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Isotow-Bergwerks), Bajrak, Sajzewo, Krutaja Balka Shabitschewo, Spartak, Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Staromichajlowka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, erlitt beim Beschuss der BFU auf Sajzewo ein Mann, geb. 1964, eine Schussverletzung am Bauch.

Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 46.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 195.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **So einfach stellt sich Washington die Verlängerung des New-START-Vertrags vor**

Die USA sind der Meinung, dass der Vertrag zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen (New-START-Vertrag/START 3) nötigenfalls in einem Schnellverfahren verlängert werden könnte, indem man einfach diplomatische Noten austauscht. Das erklärte ein ranghoher Beamter des US-Außenministeriums am Dienstag vor Journalisten.

„Vom Standpunkt der USA aus läuft unsere Auffassung darauf hinaus, dass die Bestimmung

über eine Vertragsverlängerung (...) juristisch gesehen schon in dem Vertragstext, der bereits besprochen, abgestimmt und ratifiziert wurde, selbst fixiert ist. Also wäre von unserem Standpunkt aus dafür höchstens der Austausch von diplomatischen Noten erforderlich“, zitiert die Behörde den Beamten.

Wie der russische Vizeaußenminister Sergej Rjabkow zuvor gegenüber RIA Novosti sagte, werde Russland für eine Verlängerung des START-3-Vertrags Monate brauchen. Die Exekutive werde der Föderalen Versammlung einen Gesetzentwurf vorlegen müssen, der dann von beiden Parlamentskammern gebilligt werden sollte.

Der im Jahr 2010 unterzeichnete Vertrag zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen ist zurzeit der einzig gültige Vertrag zwischen Russland und den USA über Rüstungsreduzierung. Das Abkommen läuft im Februar 2021 aus. US-Präsident Donald Trump hatte früher den Wunsch geäußert, ein neues trilaterales Atomabkommen zwischen Russland, China und den USA auszuarbeiten. Peking lehnte diese Idee ab.

Der START-3-Vertrag trat am 5. Februar 2011 in Kraft. Das Dokument sieht eine Begrenzung der Atomwaffenarsenale der beiden Vertragspartner vor. Demnach sollen die Waffenbestände jeder Seite nach Ablauf von sieben Jahren auf 700 ballistische Interkontinentalraketen, U-Boot-gestützte ballistische Raketen und schwere Bombenflugzeuge sowie auf 1550 Gefechtsköpfe und 800 stationierte und nicht-stationierte Startrampen beschränkt sein. Das Abkommen verpflichtet Russland und die USA, zweimal im Jahr Informationen über die jeweilige Anzahl von Gefechtsköpfen und Trägermitteln auszutauschen. Am 5. Februar 2018 sollten Russland und die USA die im START-3-Vertrag vereinbarten Referenzwerte erreichen.

**Dnronline.su: Zur medizinischen Beobachtung wurde am 9. März in der DVR eine Frau ins Krankenhaus eingewiesen, die aus China zurückgekehrt ist. Dies teilt der Pressedienst des Gesundheitsministeriums mit.**

**Am 6. März wurden bei der ersten Kontrolle im internationalen Flughafen Scheremetjewo bei ihr keine Anzeichen einer COVID-19-Infektion (Corona-Virus) festgestellt, der Test war negativ.**

**Bei einer sanitären Kontrolle am Passierpunkt „Nowoschachtinsk“ wurde bei der Frau am 9. März eine Körpertemperatur von 37,2 festgestellt. Unter Berücksichtigung der epidemiologischen Anamnese wurde dieser Fall als Verdacht auf Coronavirus eingeschätzt, die Patientin musste zum Zweck einer Diagnose ins Krankenhaus.**

**Zurzeit befindet sie sich unter ärztlicher Beobachtung in der Infektionsabteilung. Am Morgen des 10. März hatte sie eine Körpertemperatur von 37,2, keinerlei weitere Anzeichen einer Coronavirus-Infektion lagen vor.**

**Für alle Personen, die mit der Patientin Kontakt hatten, wurde eine ärztliche Beobachtung veranlasst.**

**de.sputniknews.com: Forderung von Moskau-Sanktionen wegen Idlib: Röttgen und Grüne berufen sich auf ARD- und NYT-Daten**

*Von Liudmila Kotlyarova*

Einige CDU- und Grünen-Politiker zeigen sich in ihrer Forderung nach Sanktionen gegen Moskau mit Blick auf die Situation in Idlib konsequent hart. Doch wenn es um Beweise geht, schwächelt die Kommunikation. Ein Beispiel.

„Endlich Druck auf Putin“, fordert der CDU-Außenpolitiker und Kandidat für den CDU-Vorsitz, Norbert Röttgen, in den letzten Tagen ständig auf seiner Twitter-Seite mit Blick auf die Situation in Idlib. Er drückt im neulichen „Handelsblatt“-Interview sein Verständnis für den mit Putin „gescheiterten“ Erdogan aus und behauptet, auch trotz der Waffenruhe wäre Putin notfalls zu einem militärischen Konflikt gegen die Türkei bereit.

„Wir müssen an die Ursache ran“, fordert Röttgen weiter im Interview. „Wenn Russland nicht gezielt Zivilisten bombardieren würde, müssten diese Menschen nicht fliehen. Assad allein

hat gegenüber der türkischen Armee keine Chance.“ Der Westen müsse Putin also auffordern, „diese Kriegsverbrechen einzustellen“. Sollte Putin nicht zu Verhandlungen bereit sein, müsse er spürbare Wirtschaftssanktionen erwarten, wünscht sich der CDU-Politiker.

Röttgen ist übrigens einer derjenigen, die, noch bevor die Gespräche zwischen Putin und Erdogan am Donnerstag stattgefunden hatten, in einem Appell über die NGO Crisis Action „gezielte individuelle Maßnahmen“ gegen Moskau und vor allem gegen den Verteidigungsminister Sergej Schoigu gefordert hatten. In einem vernichtenden Artikel berichtete der „Tagesspiegel“ über einen offenen Brief zu den vermeintlichen russischen Kriegsverbrechen in Syrien, den übrigens der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter, Franziska Brantner, Omid Nouripour (beide Grüne) und Bijan Djir-Sarai (FDP) unterschrieben hatten. Für den erwähnten Appell warb auch Röttgen auf seiner Twitter-Seite, lieferte aber keinen Text. Der Direktor für „strategische Engagements“ von Crisis Action, Sacha de Wijs, machte das später für ihn in den Kommentaren, der offene Brief selbst ist jedoch nirgendwo auf der Webseite zu finden, anders als Röttgens Büro das gegenüber Sputnik mitteilte.

### **Klare Forderung ohne transparenten Hintergrund**

Aus dem zugänglichen Text geht hervor, Russland decke nicht nur das syrische Vorgehen in Idlib, sondern bombardiere gezielt zivile Einrichtungen, um Menschen zu vertreiben. Die Regierungen der EU und die Nato müssten Putin zu einem Gipfeltreffen über die Zukunft Syriens auffordern und als Druckmittel die erwähnten Maßnahmen vorbereiten, heißt es in dem Text. Die Handlungen Ankaras in Syrien werden von den Parlamentariern aber nicht hinterfragt bzw. die beklagten russischen Verbrechen in der Region werden nicht belegt.

„Die Situation ist außerordentlich verworren. Es ist selbst für Spezialisten schwer zu verstehen, was sich gegenwärtig in Idlib vollzieht“, sagte Prof. Dr. Wilfried Schreiber, Experte für deutsch-russische Beziehungen und des Instituts für internationale Politik Potsdam (WeltTrends) kürzlich in einem Sputnik-Gespräch.

Da die Sanktionen gegen Moskau aber nicht nur bei den erwähnten Politikern ein Thema sind, sondern auch von der CDU-Politikerin und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer artikuliert wurden, lässt sich fragen: Welcher verlässlichen Quellen bedienen sich die Politiker in ihrer Forderung nach „gezielten individuellen Maßnahmen“ bzw. nach spürbaren „Wirtschaftssanktionen“? Übrigens: Würde man diese Forderung auch nach einem Waffenstillstand in Idlib weiter stellen?

Auf eine entsprechende Sputnik-Frage wollte die Sprecherin für Europapolitik der Grünen-Fraktion, Dr. Franziska Brantner, nicht eingehen. Ihr Sprecher, Thomas Beck, verwies jedoch auf zwei Dokumente: auf einen Bericht der US-Zeitung „The New York Times“ (NYT) von Oktober 2019 sowie auf das sogenannte ARD-Begleitmaterial, auf die sich die erwähnten Politiker stützen.

In dem NYT-Artikel behaupten die Autoren, neben den Berichten von Zeitzeugen nach Monaten „titanischer Anstrengungen“ auch Tausende Mitteilungen der russischen Luftwaffe entschlüsselt zu haben. Diese Information hatte ein Sprecher des russischen Außenministeriums seinerzeit dementiert, indem er darauf hinwies, dass die Übermittlung von Zielkoordinaten an Piloten oder Berichte über die Erfüllung von Kampfaufgaben nicht öffentlich in verschlüsselter Form erfolgen würden.

In dem ARD-Begleitmaterial wird unter anderem auf Daten der in der Kritik stehenden Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) verwiesen, die von Osama Suleima, einem syrischstämmigen sunnitischen Muslim, aus seinem Privathaus in Coventry in England unterhalten wird. Selbst die „Süddeutsche Zeitung“ hinterfragte 2012 die Glaubwürdigkeit der Informationen, die SOHR liefert und die dann von weiteren NGOs wie etwa Amnesty International genutzt werden. Zugleich weigert sich die Organisation, ihre Methodologie und die Art der Recherchen preiszugeben.

Auch fällt in dem ARD-Dokument, in dem es nicht nur um Idlib geht, sondern um den

gesamten Syrienkrieg, kein Wort zu den Opfern der US-Bomben auf Rakka und andere syrische Städte, die der bekannte Nahost-Experte Jürgen Todenhöfer neben den russischen und syrischen hart kritisiert hatte. Auch nimmt das Dokument keinen Bezug auf die Feindseligkeiten der Terroristen in der Region. In diesem Bezug sagte der Politologe Schreiber schon einmal, sollten in militärischen Auseinandersetzungen Zivilisten getroffen werden, sei es inakzeptabel, die Menschenrechtsverletzungen lediglich Russland und Assad zuzuschieben. Es sei auch eine Realität, dass die islamistischen Kräfte in Idlib die Zivilisten als Schutzschild benutzen würden.

Auch im Bundestag hatten die CDU- und die Grünen-Fraktion kürzlich über mögliche Sanktionen gegen Moskau debattiert. „In Idlib erfrieren Babys im Bombenhagel“, empörte sich die Grünen-Abgeordnete Agnieszka Brugger. „Wenn ein Präsident Putin weiterbombt, bei den Vereinten Nationen blockiert und keine Waffenruhe zulässt, dann müssen doch zumindest auch individuelle Sanktionen gegen die Kriegsverbrecher in Syrien auf den Tisch, dann müssen Konten eingefroren werden, Einreiseverbote ausgesprochen werden. Wir können und dürfen diesen Verbrechen nicht tatenlos zuschauen“, forderte Brugger am Freitag, also bereits nach dem Putin-Erdogan-Treffen.

„Wir schauen hin, Herr Putin“, warnte seinerseits der CDU-Außenpolitiker Johann Wadephul mit Blick auf das „was wir jetzt in Idlib erleben“. Was in Idlib wirklich passiert, hätte man eigentlich dem vom „Tagesspiegel“ gefeierten „offenen Brief“ entnehmen können. Doch dieser ist tatsächlich nicht online, was der Sprecher von Franziska Brantner gegenüber Sputnik bestätigte. Er empfahl stattdessen, die Berichterstattung zum Thema zu lesen, unter anderem den „Tagesspiegel“-Artikel. Es bleibt offen, ob die Grünen-Politiker ihre Unterstellungen seriös vorbringen können.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32656/73/326567386\\_0:187:2835:1721\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_0d4411135db285253a5b0a03724f0d6f.jpg.webp](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32656/73/326567386_0:187:2835:1721_1000x0_80_0_1_0d4411135db285253a5b0a03724f0d6f.jpg.webp)

### **nachmittags:**

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute gegen 10:00 Uhr geriet ein Lastwagen, der vermutlich den BFU gehört, auf ein eigenes Minenfeld. Um ihre kriminelle Nachlässigkeit zu verheimlichen, wurde dieser Sachverhalt von den Banden der Ukraine als Anlass genutzt, das Feuer mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen in Richtung Donezk zu eröffnen.

Bis jetzt wurden auf die **Vorstädte von Donezk** 37 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers abgefeuert. Die Vertretung der DVR im GZKK hat mehrfach ein Regime der Feueereinstellung für dieses Gebiet angefragt, aber die Anfragen wurden von der ukrainischen Seite ignoriert.

Wir fordern von der ukrainischen Seite, unverzüglich den Beschuss einzustellen und ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung einzuhalten.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung, genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Iraker installieren russische „Dschigit“-Anlagen auf US-Pick-ups**  
Irakische Militärs haben sich mit russischen Abschussanlagen vom Typ „Dschigit“ vertraut gemacht. Auf den veröffentlichten Aufnahmen sieht man, dass die Startrampen auf US-Fahrzeuge montiert sind.

In der Reportage des irakischen Verteidigungsministeriums, die neulich auf dem YouTube-Kanal der Behörde erschien, wird über die Einsatzbereitschaft der heimischen Luftverteidigung berichtet.

Laut dem Bericht können die Militärs mit Hilfe einer Trainingseinrichtung, die neben einem realen Kampfplatz auch gegnerische Fliegerkräfte simuliert, den Abschuss von Boden-Luft-Raketen vom Typ Igla-S auf diese einüben.

Auf den Bildern sind Abschussanlagen vom Typ „Dschigit“ zu sehen, die rund 130 Kilogramm wiegen. Dabei sind diese auf den US-Pickups installiert.

Die Reichweite der Igla-S-Raketen beträgt bis zu 6000 Metern. Die dabei entwickelte Geschwindigkeit erreicht 600 Meter pro Sekunde. Die Einsatzhöhe beträgt zehn bis 3500 Meter.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/ZSYawathCY0" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/ZSYawathCY0>

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainische Seite unterlässt die Versuche nicht, die Lage im Donbass im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk zu destabilisieren.

Kämpfer der 57. Brigade schießen auf Befehl von Mischantschuk seit 10:30 Uhr bis jetzt unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern und haben auf das Territorium der Republik aus Richtung Peski mehr als 40 Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem wurde uns bekannt, dass durch eine operative Gruppe für informationspsychologische Operationen des Stabs der OOS eine Falschmeldung über den Pressedienst über einen angeblich weiteren Beschuss von Seiten der Volksmiliz der DVR, in dessen Folge ein Fahrzeug der ukrainischen Streitkräfte vernichtet wurde, vorbereitet wird. Nach Angaben unserer Beobachter im Gebiet von Peski wurde die Fahrt eines Fahrzeugs beobachtet, das auf ein eigenes Minenfeld geriet, und dies wurde die Aktivität von Vertretern des Pressedienstes des Stabs der OOS und ukrainischen Massenmedien bemerkt.

Wir schließen nicht aus, dass diese Veröffentlichung von Fotos oder Videos vom Ort des Geschehens von von der Ukraine kontrollierten Journalisten begleitet sein wird.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die Handlungen der ukrainischen Seite zu erfassen und die Verbreitung von Falschinformationen von Seiten der ukrainischen Besatzer nicht zuzulassen.

de.sputniknews.com: **Maduro verkündet Start von Militärmanöver in Venezuela**

Der venezolanische Präsident Nicolas Maduro hat am Dienstag den Start der zweiten Etappe des Militärmanövers „Escudo Bolivariano 2020“ verkündet.

„Wir beginnen die zweite Phase des Manövers ‚Escudo Bolivariano 2020‘ um des Friedens, der Unabhängigkeit willen und um (unser) Heimatland uneinnehmbar zu machen“, heißt es in



einem Twitter-Beitrag von Maduro.

Die Militärübungen finden demnach in vier Bundesstaaten des Landes - Miranda, La Guaira, Apure und Bolivar - sowie im Hauptstadtdistrikt statt.

Ende Februar hatte Venezuelas Präsident erklärt, dass sich Sicherheitskräfte des Landes auf die Durchführung von unerwarteten Anti-Terror-Übungen wegen der Gefahr, die von Diversionsgruppen aus den USA und Kolumbien ausgehen könne, vorbereitet hätten. Dabei gehe es darum, dass das Manöver ohne Vorwarnung stattfinden sollte.

Die erste Etappe des Manövers „Escudo Bolivariano 2020“ hatte vom 15. bis zum 16. Februar stattgefunden.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32408/31/324083135\\_604:1035:2477:2048\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_9a4bfbce6bc5c637716025abe48d57a2.jpg.webp](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32408/31/324083135_604:1035:2477:2048_1000x0_80_0_1_9a4bfbce6bc5c637716025abe48d57a2.jpg.webp)

### Armiyadnr.ru: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Nach Informationen unserer Beobachter wurde im Gebiet, in dem ein Fahrzeug der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Peski auf eine Mine geraten war, die Ankunft einer Bergungsgruppe in einem Ural-Fahrzeug festgestellt, im Zusammenhang damit ist auch eine Verstärkung des Beschusses von Seiten der 57. Brigade festzustellen.

Es ist festzustellen, dass sich beim Abschleppen des zerstörten Fahrzeugs am Ort des Geschehens eine weitere Detonation ereignete, von der auf dem Minenfeld das Bergungsfahrzeug betroffen war.

Nach Informationen unserer Quellen in der 57. Brigade starben am Ort des Geschehens bereits mindestens fünf Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, sechs wurden verletzt, drei davon sind in ernstem Zustand.

Die Volksmiliz beobachtet das Geschehen, ohne das Feuer zu eröffnen.

Wir rufen die internationalen Beobachter ein weiteres Mal auf, auf die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren und die Anfragen der Vertreter der DVR im GZKK zur Einrichtung eines Regimes der Ruhe zu befördern.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 11:35 Uhr das Feuer auf den **Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** mit Mörsern des Kalibers 120mm eröffnet.

Infolge des Beschusses wurde das Ventil einer Niederdruckgasleitung in der Sofijskaja-Straße 9 beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung, genauere Informationen werden noch ermittelt.

### de.sputniknews.com: **Keine US-Bodentruppen in Syrien – Sondergesandter Jeffrey**

Die USA planen, keine Bodentruppen nach Syrien zu schicken. Das teilte der US-Sondergesandte für Syrien, James Jeffrey, am Dienstag in Brüssel mit.

„Ich denke, dass an Bodentruppen nicht zu denken ist. Bodentruppen sind nur eine außerordentliche Maßnahme“, sagte Jeffrey. Er schließe diese Variante aus. Die USA prüfen die Möglichkeiten, „was sie in der Luft tun können“.

Vorigen Donnerstag haben sich die Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, beim Treffen in Moskau auf ein Dokument zur Regelung in der umkämpften syrischen Provinz Idlib geeinigt. Die Seiten erklärten den Waffenstillstand ab Freitagmitternacht und gemeinsame Patrouillen auf der Verbindungsstraße M4 in Nordsyrien, die derzeit unter der Kontrolle der Terroristen ist. ...

### **armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 10.03.2020**

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden 16-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 58. und der 59. Brigade Kaschtschenkos und Schapowalows **Sajzewo (jushnoje), Bajrak** und die **Siedlung des Isotow-Bergwerks** in Gorlowka mit automatischen Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Infolge von Scharfschützenbeschuss erlitt ein Zivilist, geb. 1964, in Sajzewo in der Poletajew-Straße 141 eine schwere Verletzung. In **Richtung Donezk** haben Strafruppen aus der 28., 57. und 92. Brigade auf Befehl der Kriegsverbrecher Martschenko, Mischantschuk und Kokorjew **Krutaja Balka, Shabitschewo, Staromichajlowka** und **Spartak** sowie das Gelände des Flughafens und die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen. Zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur infolge des feindlichen Beschusses werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Fällen der Beschießung von Ortschaften sowie zu groben Verletzungen der Verpflichtungen zur Trennung von Kräften und Mitteln an den vereinbarten Abschnitten wurden an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, übergeben sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Kaschtschenko, Schapowalow, Martschenko, Mischantschuk und Kokorjew hinzuzufügen.

Es sind **weitere nicht kampfbedingte Verluste unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte** in der OOS-Zone festzustellen. Nach Angaben unserer Aufklärung erlitt der Soldat der 92. mechanisierten Brigade Sabardak zahlreiche Splitterverletzungen, als er auf ein eigenes Minenfeld geriet. Im Rahmen der in Vorbereitung befindlichen Rotation der Brigade hat der Soldat vor Karten von Minenfeldern erstellt, die bei der Ausführung von Kampfaufgaben des Verbandes nicht erstellt worden waren.

**Im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk bereitet das Kommando der OOS eine Reihe von Provokationen vor**, die auf eine Destabilisierung der Lage im Donbass ausgerichtet sind, um dann die Volksrepubliken der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.

**Zu Beginn des heutigen Tages** haben Einheiten der 128. Gebirgsturmbriade auf Befehl Gontscharuks bereits mit einem Beschuss des Gebiets von **Petrowskoje** mit Schusswaffen begonnen.

Wie uns bekannt wurde, verfügt die 59. Brigade über drei Drohnen des Typs Quadrocopter, die sie von Freiwilligenorganisationen erhalten hat, um Ziele aufzuklären und zielgerichtete Beschüsse durchzuführen, darunter unter Einsatz von Mörsern des Kalibers 120 und 82mm sowie von Scharfschützenwaffen.

Außerdem wurde der Brigadekommandeur vom Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ instruiert, die Arbeit der OSZE-Mission bei der Bewegung von deren

Patrouillen im Verantwortungsbereich des Verbandes zu behindern.

Unsere Aufklärung stellt fest, dass gestern der Beschuss von Seiten der 59. Brigade auf Sajzewo, in dessen Folge ein örtlicher Einwohner verletzt wurde, mit Hilfe einer Drohne geleitet wurde. Dies wird dadurch bestätigt, dass die diensthabende Schicht der Luftabwehr in diesem Gebiet eine Drohne des Typs „Mavic“ abgeschossen hat.

Von unseren Quellen im Stab der OOS ist die Information eingegangen, dass heute Vertreter der Informationsagenturen „5. Kanal“ und „ICTV“ auf den Frontpositionen der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte herangezogen wurden, um **inszenierte Reportagen über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der Volksmiliz der DVR zu erstellen.

Trotz gegebener Anweisungen hat das Kommando der OOS die im höchsten Maße nicht vorhandene Professionalität unter den unterstellten Soldaten nicht berücksichtigt, in deren Händen zusätzliche technische Mittel schnell kaputt gehen oder den Soldaten selbst Schaden zufügen. So hat der Soldat der 128. Brigade Kowaltschuk zahlreiche Splitterverletzungen aufgrund des Verstoßes gegen Sicherheitsvorschriften beim Anhängen einer Sprengvorrichtung an eine Drohne erlitten.

Um operativ auf Handlungen des Gegners zu reagieren und um den Einsatz von Drohnen zu verhindern, sind die diensthabenden Schichten der elektronischen Kriegführung und der Luftabwehr des Einheitlichen Systems zur komplexen Schutz von Objekten der Republik „Mantija-ARP“ in verstärkte Einsatzbereitschaft versetzt worden.

In den Verbänden der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone setzen komplexe Kommissionen zur Kontrolle der Lagerbedingungen für Waffen und Munition sowie der Erfüllung der Brandschutzvorschriften ihre Arbeit fort. Die allgemeine Leitung der Kontrollen obliegt dem stellvertretenden Kommandeur der OOS Generalmajor A.M. Ignatjew.

Nach vorläufigen Informationen wurden zahlreiche Verstöße gegen die Regelungen der anleitenden Dokumente in der 59., 58., 128. und 10. Brigade entdeckt. Aber wie von Soldaten der Verbände erklärt wurde, haben die Kommandeure der 58. und 10. Brigade Kaschtschenko und Subanitsch Ignatjew ein Schmiergeld von 900.000 Griwna übergeben, um der disziplinarischen und strafrechtlichen Verantwortung zu entgehen.

de.sputniknews.com: **Putin: Aufhebung von Amtszeit-Begrenzung wäre „unzweckmäßig“**

Eine Abgeordnete der russischen Staatsduma schlägt vor, die in der Verfassung verankerte Begrenzung von zwei Amtszeiten für den Präsidenten aufzuheben. Doch der Präsident selbst ist wohl anderer Meinung – während der dienstäglichen Debatte über Verfassungsänderungen sprach sich Wladimir Putin gegen die Aufhebung aus.

Am Dienstag erhielt das russische Parlament einen Vorschlag für eine Verfassungsänderung von der Staatsduma-Abgeordneten Walentina Tereschkowa, die noch in Sowjetzeiten als die erste Frau im Weltall Berühmtheit erlangte. Ihr Vorschlag lautete: Die derzeitige Bestimmung, die das Regieren eines Präsidenten auf zwei sechsjährige Amtszeiten begrenzt, abzuschaffen. Die Regierungspartei „Geeintes Russland“, der Tereschkowa angehört, stimmte dem Vorstoß zu. Auch von der Staatsduma wurde er unterstützt – als „Garantie der eventuellen Sicherheit gerade für die Bürger Russlands“, wie es die stellvertretende Staatsduma-Vorsitzende Irina Jarowaja formulierte.

Präsident Putin schien aber weniger von dem Vorschlag begeistert zu sein. Bei seinem Auftritt während der Debatte zu den geplanten Verfassungsänderungen sagte er, die Amtszeiten-Begrenzung zu streichen wäre „unzweckmäßig“.

„In einer Zeit, in der das Land immer noch viele Probleme hat, aber wo die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereiche eine innere Stabilität und Reife erlangen, wo der Staat natürlich mächtiger und von außen nur schwer verwundbar wird, tritt natürlich die Möglichkeit eines Machtwechsels in den Vordergrund. Er wird für die Dynamik der Entwicklung benötigt“, erläuterte der russische Staatschef.

Er betonte, dass die Gesellschaft langfristig Garantien für einen regelmäßigen Machtwechsel haben sollte. „Wir müssen mit Ihnen über zukünftige Generationen nachdenken.“ Eine solche Änderung sei erst dann möglich, wenn „das Verfassungsgericht offiziell zu dem Schluss kommt, dass die Änderung den Grundsätzen der Verfassung nicht widerspricht“, sagte Putin.

Ende Januar legte Putin der Staatsduma einen Gesetzentwurf über Verfassungsänderungen vor. Die Änderungen sollen die Artikel ausweiten, welche die Grundlagen des Verfassungssystems, der Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten verankern.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32656/88/326568808\\_0:0:3078:1666\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_ce0c6debe37f17a95e7cb1f97c844d33.jpg.webp](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32656/88/326568808_0:0:3078:1666_1000x0_80_0_1_ce0c6debe37f17a95e7cb1f97c844d33.jpg.webp)

### **Mil-Inr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Informationen, die von den Vertretern der LVR im GZKK erfasst wurden, hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Beide Angriffe erfolgten auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow in **Richtung Debalzewo**.

Kämpfer der 59. Brigade haben das Gebiet von **Logwinowo** mit 82mm-Mörsern, großkalibrigen und Schusswaffen beschossen, **Losowoje** wurde mit Antipanzergrenatwerfern beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Alle Materialien zu Ergebnissen der verbrecherischen Handlungen wurden an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kriegsverbrecher Schapowalow hinzuzufügen.

Um die Entdeckung von Technik der ukrainischen Streitkräfte, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert wurde, zu verhindern, schaffen die Einheiten der ukrainischen Verbrecher weiter **Hindernisse für die Arbeit der OSZE-Beobachter**.

Neben dem Einsatz von komplexen der elektronischen Kriegführung „Bukowel-AD“ zur Blockade von Leitungskanälen von Drohnen der OSZE haben Kämpfer der 59. Brigade im Gebiet von Wosroschdenije einen Abwehrkomplex „Osa-AKM“ stationiert haben, um auf Befehl Schapowalows Drohnen der internationalen Mission, die Flüge über den von den BFU besetzten Territorien durchführen, zu vernichten. ...

**Die ukrainische Regierung erschwert weiter die Lage an den Passierpunkten**, indem sie auf die weltweite Hysterie wegen des Coronavirus spekuliert.

An allen Passierpunkten auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium hat die militärisch-politische Führung der Ukraine Beschränkungen eingeführt, die angeblich in einer genauen Untersuchung bestehen.

Tatsächlich erschwerten die ukrainischen Soldaten das Passieren der KPP durch Einwohner der Republiken, indem sie künstliche Schlangen schafften. Die Soldaten haben unter Nutzung der Lage weitere Abgaben von örtlichen Einwohnern organisiert, damit diese ungehindert passieren können, diejenigen, die sich weigern zu zahlen, werden nicht durchgelassen oder sie werden festgenommen und sich darauf bezogen, dass sie Anzeichen von Viruserkrankungen zeigen.

Am meisten leiden Menschen fortgeschrittenen Alters, die nicht die Möglichkeit haben, den Soldaten einen Dienst zu erweisen, unter der Willkür der ukrainischen Grenzschrützer.

#### **abends:**

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 17:15 Uhr das Feuer aus Richtung Nowoselowka Wtoraja in Richtung **Wasiljewka** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröfnet.

Unter Beschuss geriet das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke, die Mitarbeiter waren gezwungen den Schutzraum aufzusuchen.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer oder Schäden an ziviler Infrastruktur. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

#### **de.sputniknews.com: „Um uns zu schützen“: USA verlegen Flug- und Raketenabwehrsysteme in den Irak**

Die USA haben laut dem CENTCOM-Oberbefehlshaber, General Kenneth McKenzie, damit begonnen, Flug- und Raketenabwehrsysteme zum Schutz ihrer Militärs in den Irak zu verlegen.

„Wir befinden uns zudem im Prozess der Beförderung von Flugabwehrsystemen und Raketenabwehrsystemen in den Irak, um uns unter anderem vor einem weiteren potenziellen Angriff vonseiten des Irans zu schützen“, sagte McKenzie bei Anhörungen im Komitee für Streitkräfte des Repräsentantenhauses.

Die Beziehungen der USA und des Irans hatten sich nach der Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani und den verschärften Spannungen in der Region wesentlich verschlechtert. Die USA hatten am 3. Januar in Bagdad eine Operation zur Vernichtung von Soleimani durchgeführt. Als Antwort hatte der Iran Raketenschläge gegen einen irakischen Stützpunkt geführt, auf dem US-Militär stationiert war. Ursprünglich hatten der US-Präsident Donald Trump und die Pentagon-Führung erklärt, dass es keine Verletzten beim Beschuss gegeben habe. Später sahen sich die Militärs allerdings genötigt zuzugeben, dass es doch Verletzte gegeben habe. Dabei ist ihre Zahl ständig gewachsen.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/30241/81/302418161\\_0:409:3953:2548\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_be75e3bb6b44b8480b74c00368f68386.jpg.webp](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/30241/81/302418161_0:409:3953:2548_1000x0_80_0_1_be75e3bb6b44b8480b74c00368f68386.jpg.webp)

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 17:40 Uhr das Feuer aus Richtung Awdejewka in Richtung **Krutaja Balka** mit Mörsern des Kalibers 82mm eröffnet.

Infolge des Beschusses wurden die Fensterverglasung und die Fassade eines Hauses in der Schirokaja-Straße 24 beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden ermittelt.

### deutsch.rt.com: Staatsduma billigt Verfassungsänderung: Putin darf 2024 erneut als Präsident kandidieren

Das Unterhaus des russischen Parlaments hat am Dienstag eine Verfassungsänderung gebilligt, laut der die bisherigen Amtszeiten von Präsident Putin auf Null gesetzt werden – aber nur nach der Zustimmung des Verfassungsgerichts und mit der Unterstützung der Bevölkerung.

„Ich bin tief davon überzeugt, dass eine starke präsidentiale Macht für Russland absolut notwendig ist“, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin in seiner Rede vor der Staatsduma. Er betonte allerdings die Wichtigkeit einer Alternative. „Die russischen Bürger müssen immer eine Alternative haben. Die Wahlen müssen transparent und kompetitiv sein.“

Die „Annullierung“ seiner bisherigen vier Amtszeiten, einschließlich der laufenden, wurde von der Abgeordneten Walentina Tereschkowa vorgeschlagen, die im Jahr 1963 als erste Frau ins Weltall flog und somit in die Geschichte der Raumfahrt einging. Sie schlug zudem vor, eine Begrenzung von Amtszeiten für eine Person aufzuheben. Putin lehnte diesen Vorschlag jedoch ab.

Der russische Präsident hob hervor, dass die gebilligte Verfassungsänderung eine Zustimmung des Verfassungsgerichts braucht und von der russischen Bevölkerung im Referendum am 22. April unterstützt werden soll.

„Sie und ich billigen diese Verfassungsänderungen nicht für ein Jahr, nicht für zwei, nicht für zehn, sondern für mindestens 30 oder 50 Jahre. Und die Gesellschaft soll Garantien haben, dass ein regulärer Machtwechsel stattfinden wird.“

Nach der bisherigen Verfassung endet Putins letzte Amtszeit im Jahr 2024. Wenn die Änderung vom Verfassungsgericht und vom Volk unterstützt wird, kann Wladimir Putin im Jahr 2024 zum fünften Mal für das Präsidentenamt kandidieren. Falls er bei den Wahlen einen Sieg erreicht und im Jahr 2030 wiedergewählt wird, könnte er bis zum Jahr 2036 in Russland an der Macht bleiben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.03/article/5e67beaa48fbef36f757a84d.jpg>

### Mil-lnr.info: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 10. März 2020**

In Verletzung der Minsker Vereinbarungen setzen die ukrainischen Truppen für den provokativen Beschuss weiter aktiv Kampfdrohnen ein und terrorisieren die friedliche Bevölkerung der Republik.

So hat die Volksmiliz heute ein weiteres Mal einen Terrorakt gegen die Zivilbevölkerung des Donbass verhindert.

Eine **Kampfdrohne**, die von Kämpfern der 72. Brigade in Richtung von Wohnhäusern von Kalinowo gestartet wurde, wurde von einer Mannschaft einer Station der elektronischen Kriegführung „Triton-M1“ entdeckt und durch professionelle Handlungen von Soldaten einer Luftabwehreinheit der Volksmiliz der LVR **abgeschossen**.

Die Drohne, die aus eigener Produktion stammte, war mit Einrichtungen zum Abwurf von Geschossen versehen und trug eine Ladung aus vier Granaten des kumulativen Typs zur Zerstörung von Bauwerken. Mit ihrem Einsatz wollte der Kommandeur der 72. Brigade Bogomolow im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk zielgerichtet Wohngebäude in Kalinowo bombardieren und Einheiten der Volksmiliz der LVR des Beschusses beschuldigen.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, den Fall von hinterhältiger Provokation von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festzuhalten, um weitere aggressive Handlungen der Ukraine gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass zu verhindern.



[https://mil-lnr.info/uploads/posts/2020-03/thumbs/1583861401\\_4.jpg](https://mil-lnr.info/uploads/posts/2020-03/thumbs/1583861401_4.jpg)

de.sputniknews.com: **Pentagon nennt Bedingungen für Lieferungen von Patriot-Systemen an die Türkei**

Die Türkei wird laut dem Pentagon-Sprecher Jonathan Hoffman die von ihr angeforderten US-Flugabwehr-Raketensysteme Patriot erst erhalten, wenn sie die S-400-Systeme nach Russland zurückbringt.

„Die Position des Ministers (für Verteidigung der USA, Mark Esper) ist praktisch klar, seit er (im Sommer 2019 – Anm. d. Red.) Minister geworden ist. Sie besteht darin, dass die Türkei die Patriot-Batterien erst erhalten wird, wenn sie die S-400 (nach Russland) zurückgibt“, sagte Hoffman bei einem Briefing.

Die Diskussion über die Möglichkeit der Lieferung von Patriot-Flugabwehrsystemen an die Türkei wurde angesichts der Verschärfung der Lage in der syrischen Provinz Idlib wieder aufgenommen, wo es zu Zusammenstößen zwischen dem türkischen und dem syrischen Militär gekommen war.

Am Dienstag kündigte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan eine Abschwächung der US-Position in Bezug auf den Kauf von in Russland hergestellten S-400-Flugabwehr-Raketensystemen durch die Türkei an. Ihm zufolge fordern die USA nur noch, dass die S-400 nicht in Betrieb genommen werden.

Die Lieferungen der neuesten russischen S-400-Luftverteidigungssysteme, die eine Krise in den Beziehungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten verursachten, begannen Mitte Juli 2019. Washington forderte eine Ablehnung des Deals und im Gegenzug den Erwerb der amerikanischen Patriot-Systeme und drohte, den Verkauf der neuesten F-35-Kampfflzeuge an die Türkei zu verzögern oder sogar abzusagen, sowie Sanktionen gemäß CAATSA (dem Gesetz „Gegen Amerikas Gegner durch Sanktionen“) zu verhängen. Ankara weigerte sich, Zugeständnisse zu machen. Wie Erdogan zuvor erklärt hatte, plane die Türkei, die Installation der S-400 abzuschließen und sie im April in Dienst zu stellen.

**Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Das ukrainische Kommando beweist weiter seine Prinzipienlosigkeit sowie das offene Ignorieren von Anfragen des GZKK auf Einrichtung eines Regimes der Feueinstellung und die Erfüllung der Verpflichtungen entsprechend der Minsker Vereinbarungen im Ganzen. So haben heute um 17:40 Uhr Kämpfer der 92. Brigade der BFU auf Befehl von Kokorjew das Feuer aus Richtung Awdejewka in Richtung **Krutaja Balka** mit Mörsern des Kalibers 82mm eröffnet, dabei wurden die Fensterverglasung und die Fassade eines Hauses in der Schirokaja-Straße beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, die verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Seite festzuhalten und die Umsetzung der geltenden Vereinbarungen über den Abzug verbotener Waffen durch die ukrainischen Besatzer zu erreichen.